

Nationalrätin Corina Eichenberger : die Stimme der Frauen zählt!

Autor(en): **Eichenberger, Corina / Beck, Roland**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **176 (2010)**

Heft 12

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-131255>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nationalrätin Corina Eichenberger: Die Stimme der Frauen zählt!

Der Armeebereich des Bundesrates hat die Milizorganisationen in Kampfstimmung versetzt. Die willkürlich festgelegten Eckwerte für die Weiterentwicklung der Armee haben landesweit für Empörung gesorgt. Im folgenden Interview nimmt Nationalrätin Eichenberger zu einigen strittigen Fragen Stellung.

Roland Beck, Chefredaktor ASMZ

Frau Nationalrätin, soll der Armeebereich angesichts der Proteste aus armeerfreundlichen Kreisen an den Bundesrat zurückgewiesen werden?

Wichtig ist für mich, dass wir uns im politischen Prozess zuerst über die Eckwerte des Sicherheitspolitischen Berichtes einigen, hier sollten die strategischen Stossrichtungen festgelegt werden. Als dann können sie im Armeebereich konkretisiert werden. Ich bedauere deshalb, dass der Armeebereich nun gleichzeitig zu behandeln ist, dies macht keinen Sinn. Ich wünsche mir, dass wir aus der «sicherheitspolitischen Blockade» herauskommen und konstruktive Ziele für die Weiterentwicklung der Armee erarbeiten zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger. Dafür notwendig ist ein Konsens im sicherheitspolitischen Bericht. Trotzdem bleibt die Rückweisung des Armeebereiches die «ultima ratio».

Wenn nein, welche Erwartungen haben Sie an die bevorstehenden Verhandlungen über den Armeebereich in den Eidgenössischen Räten?

Der Armeebereich sollte sich nicht nach vorgegebenen finanzpolitischen Zahlen richten müssen. Es ist wichtig, nach der Feststellung des Zustandes und der Bedrohungslage zu definieren, was die Armee leisten soll, wie gross sie sein soll und wie Ausbildung und Ausrüstung auszusehen haben. Heute haben wir Budgetzahlen als Vorgaben, die enge Grenzen setzen, sodass gar keine Überlegungen zu verschiedenen Varianten mehr gemacht werden. Richtig ist es, in einem ersten Schritt die Fähigkeiten der Armee angepasst an die Bedrohungslage zu definieren und anschliessend über die benötigten Mittel im Rahmen des Gesamtbudgets zu sprechen. Nun ist der Prozess umgekehrt aufgegleist, und das finde ich nicht sachgerecht. Ich bin der Meinung, dass der finanzpolitische Rah-

men mit CHF 4,4 Mia. zu eng gesteckt ist. Ausserdem bezweifle ich die vorgeschlagene Grösse der Armee mit 80 000 Armeeangehörigen.

Wie sehen Sie die Eckwerte für die Weiterentwicklung der Armee? Ist die allgemeine Wehrpflicht verhandelbar? Sollen die Ordonnanzwaffen aus den Privathäusern verschwinden?

Für mich ist die Beibehaltung des Milizprinzips zentral, auch an der Wehrpflicht

muss festgehalten werden. Es sind Grundpfeiler unseres Systems, die, so wünsche ich mir, noch lange in der Bevölkerung so zu verankern sind. Ist die allgemeine Wehrpflicht in der Bevölkerung einmal nicht mehr mehrheitsfähig, so befürworte ich eine allgemeine Dienstpflicht, die für Frauen und Männer gilt. Die Leistung eines Dienstes an unserer Gesellschaft und für die Allgemeinheit finde ich sehr wichtig, gerade in der heutigen Zeit!

Zum Milizprinzip und der allgemeinen Wehrpflicht gehört auch die Aufbewahrung der Ordonnanzwaffe des Armeeangehörigen zu Hause. Nachdem die ver-

Nationalrätin Corina Eichenberger im Gespräch mit dem CR ASMZ. Bilder: ASMZ



schiedenen Gesetze (Militärgesetz, Waffen-gesetz etc.) verschärft wurden und auch die Kontrollen für Waffenbesitzer strenger sind, gibt es keinen Grund, die Ordonnanzwaffe ins Zeughaus zu verbannen. Ich bin fest überzeugt, dass die Ordonnanzwaffen unserer Soldaten, vor allem auch der Milizsoldaten, zu Hause aufzubewahren sind. Die Armeeingehörigen verdie-

«Der Kampfflugzeug-Entscheid muss nächstes Jahr vorbereitet und anschliessend gefällt werden.»

nen diesen Vertrauensbeweis und sollen für die Aufbewahrung der Waffe auch die Verantwortung tragen.

Wie kann die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen in den nächsten Jahren sichergestellt werden?

Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge darf nicht hinausgeschoben werden. Der Erwerb sollte während des nächsten Jahres entschieden werden, denn die Flugzeuge werden nicht nur teurer, sondern auch die Lieferfristen länger, denn unsere Nachbarn in Europa bestellen auch neue Flugzeuge. Unter Einhaltung der Schuldenbremse muss ein Finanzierungsmodell (Erhöhung des Ausgabenplafonds für die Armee über mehrere Jahre und Kompensation in den Rüstungsprogrammen, die dann auf die Flugzeuge konzentriert werden) gefunden werden. Es muss eine Möglichkeit gesucht werden, dass die Flugzeuge, auch in verschiedenen Raten, innert der nächsten Jahre beschafft werden können. Bald kommen auch die F/A-18 Flugzeuge an das Ende ihres Flugbetriebs. Die Anschaffung wird dann noch komplizierter und vor allem viel teurer. Ich setze mich dafür ein, dass der TTE-Entscheid im nächsten Jahr vorbereitet und anschliessend gefällt wird. Diese Meinung vertreten auch die anderen bürgerlichen Mitglieder der sicherheitspolitischen Kommission. Es hängt jetzt vom weiteren politischen Prozess im National- und Ständerat ab, wann der TTE-Entscheid gefällt werden kann.

Ich bin überzeugt, dass der Ersatz der Kampfflugzeuge zeitgerecht erfolgen muss; die Autonomie in der Überwachung des Luftraumes unseres Landes und der Luft-

polizeidienst sind für uns und unsere Souveränität von zentraler Bedeutung; Kann die Luftwaffe diese Leistungen nicht mehr erbringen, so müssten wir diesen Schutz anderweitig einkaufen. Dies kommt für mich nicht in Frage.

Sollen unsere Festungsanlagen im grossen Stil liquidiert werden?

Die nicht mehr nützlichen Festungsanlagen machen keinen Sinn mehr. Diejenigen, die aber auch unter Berücksichtigung der aktuellen Bedrohungslagen noch sinnvoll sind, sollen weiterbetrieben werden. Ein allfälliger Rückbau kann über Jahre dauern und sollte keine Gelder schlucken, die für die Ausrüstung und Ausbildung gebraucht werden.

Welche Bedeutung messen Sie den Auslandseinsätzen zu?

Für mich sind Einsätze wie der KFOR-Einsatz im Kosovo sinnvoll. Nur auf diese Weise können unsere Soldaten wichtige Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Truppen anderer Länder sammeln. Hinzu kommt, dass die Schweiz damit einen kleinen aber wichtigen Beitrag für die internationale Gemeinschaft leistet. Die Schweiz darf in der Leistung dieser Einsätze nicht völlig abseits stehen. Es könnte ja sein, dass wir eines Tages auf Goodwill unserer Nachbarn auch in dieser Hinsicht angewiesen sind.

Hat das etablierte Konzept «Sicherheit durch Kooperation» eine Zukunft? Soll unsere Armee enger mit den europäischen Staaten und ihren Streitkräften zusammenarbeiten?

Sicherheit durch Kooperation bleibt ein gutes Konzept, und ich bin fest überzeugt, dass unser Land diese Kooperation weiterführen soll. Ich befürworte auch eine Zusammenarbeit in der Ausbildung der Truppen, allenfalls sogar bei gewissen Anschaffungen. Klar ist aber auch, dass ein Beitritt in ein sicherheitspolitisches Bündnis nicht in Frage kommt. Jedoch ist ein Beobachterstatus in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in unserem Interesse.

Soll längerfristig eine allgemeine Bürgerpflicht für Frauen geschaffen werden, wie kürzlich jüngere Parteikollegen aus Ihrem Kanton forderten?

Wenn die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sich von der allgemeinen Wehrpflicht abkehren, so befürworte ich eine allgemeine Bürger- oder Dienstpflicht



Corina Eichenberger
Nationalrätin (FDP/AG)

Geboren am 14. Oktober 1954
Bürgerin von Bern, Beinwil AG und Kölliken; wohnhaft in Kölliken
Verwitwet, Mutter einer Tochter (23) und eines Sohnes (25)
Hobbies: Wandern, Pilze kennen und sammeln, italienische Opern, Lesen

Schulen

- Kantonsschule Aarau, Matura Typus B
- Rechtsstudium in Basel, lic.iur. RA
- Weiterbildung und Abschluss als Mediatorin SAV für Wirtschaft, Umwelt und Verwaltung, FH Baden

Beruf / Tätigkeiten

- Seit 1982 als Rechtsanwältin in Basel tätig (Partnerin Liatowitsch & Partner Basel)
- Verwaltungsrätin in verschiedenen KMU

Politische Tätigkeit

1993–2007 Grossrätin (FDP/AG)
2005/2006 Grossratspräsidentin
Seit 2007 Nationalrätin

nebst der allfälligen Leistung eines Dienstpflichtersatzes (der weiter bestehen soll), die auch für Frauen gilt. Das wäre dann ein Dienst an der Allgemeinheit, der freiwillig auch im Spital, Pflegeheim, im Wald etc. geleistet werden könnte. Die Leistung von Militärdienst soll aber auch in einem solchen Modell prioritär bleiben.

Frau Nationalrätin, ich danke Ihnen für das Interview. ■